

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: H. Mosse, Haasenstein & Vogler, C. L. Dautz, Invalidenbank. Berlin Bernh. Arnbt, Max Gerthmann, Elberfeld M. Thiemes, Greifswald C. Altes, Halle v. S. Jul. Ward & Co. Hamburg Joh. Neothaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt v. A. Feinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Madrid, 29. April. Eine Depesche des Generalgouverneurs Blanco bestätigt die Nachrichten von der Beschießung Matanzas; dieselbe eine Stunde gebauert, aber keinerlei Schaden angerichtet. Dingen sollen die amerikanischen Schiffe durch die von den Forts abgegebenen Schüsse Beschädigungen erlitten haben. Die Konfiskation Frankreichs und Desterreichs Ungarns haben gegen die ohne vorherige Benachrichtigung erfolgte Beschießung protestirt.

Die Staatsberatung wird beim Etat des Handelsministeriums fortgesetzt. Beim Etat der Staatsarchivie sagt auf eine Anregung des Oberbürgermeisters Struchmann der Direktor der Staatsarchivie Roser thunliche Abhilfe für die beim Archiv in Hannover sich aus den baulichen Verhältnissen ergebenden Schwierigkeiten zu.

Der Etat der Justizverwaltung wird nach unerheblicher Debatte erledigt.

Beim Auktionsat tadelte Graf v. Rindow-  
ström, daß entgegen der früheren Erklärung  
der Regierung, daß die kleinen Landgemeinden,  
die mittleren und kleinen Städte und die Güter  
durch das Lehrerbildungs-gesetz keine erheblichere  
Belastung erfahren würden, die Ausführung  
dieses Gesetzes namentlich in Ostpreußen große  
Härten mit sich bringe.

Antwortsminister Dr. Boffe erwidert, die  
Erklärungen der Regierung würden in lokaler  
Weise erfüllt: es werde mit der denkbar größten  
Emschung vorgegangen. Die Gemeinden un-  
ter Gebaltszirkel müßten aber nothwendig auf gleichen  
Fuße behandelt werden. Neun Zehntel aller  
Fälle der Gebaltsregelungen in der Monarchie  
hätten sich glatt vollzogen. Im Regierungsbezirk  
Königsberg lägen die Verhältnisse leider sehr  
ungünstig. Wenn ihm das Material zur Prüfung  
der von dort kommenden Beschwerden ausgeto-  
sche, so werde er nach Möglichkeit Verringerung  
herbeizuführen suchen. Der Minister fügt hinzu,  
ein mechanischer Maßstab für die Prüfung der  
Leistungsfähigkeit der Gemeinden lasse sich nicht  
aufstellen: man dürfe nicht kalkulatorisch vor-  
gehen. Im Bezug auf den Gebaltszuschlag für  
die kirchlichen Aemter der Lehrer hätten einige  
Konfessionen und Bischöfe ungemessene Ansprüche  
aufgebannt, es sei aber zu erwarten, daß auch  
hier eine glatte Regelung erfolge.

Nach kurzer weiterer Debatte, in der mehrere lokale Wünsche zur Sprache kommen, wird der Kultusetat bewilligt.

Das Haus geht dann zu der Interpellation des Grafen von Klinkowström über: „Welche Schritte hat die königlich preussische Staatsregierung gethan, um beim Bundesrath die Aufhebung der gemischten Transililäger, Zollcredite und Mühlenlizenzen zu erreichen, und welche Erfahrungen sind in Preußen mit dem vom Bundesrath unter dem 16. Dezember 1887 erlassenen Regulator für Getreidemöhlen und Mälzereien gemacht?“ In der Begründung der Interpellation bemerkt Graf v. Klinkowström, der erste Theil derselben sei gegenstandslos geworden, da der Bundesrath, wie bekannt geworden, sich mit der Angelegenheit beschäftigt werde. Begründlich des zweiten Theils führt er aus, das bisher angewandte Typensystem sei unzulänglich. Es werde Mehlmessung ausgeführt, das minderwerthig sei und doch die Bonifikation geniesse. Der Begriff Mehlmessung müsse vor Allem festgestellt werden. Im Interesse der kleinen Mühlen, die von 57 000 bis 30 000 Tonnentherabgegangen seien, müsse eine Aenderung eintreten; die einseitige Begünstigung des Exportes sei verhängniskvoll.

Finanzminister Dr. v. Miquel erwideret, daß die Exportbonifikation sei eine notwendige Ergänzung der Erhöhung der Getreidezölle gewesen. Wenn der Export gänzlich aufgehört hätte, wäre das ein Schaden für die Landwirtschaft gewesen. Die richtige Feststellung des Ausbeverhältnisses und die Kontrolle darüber seien allerdings sehr schwierig. Die Zeit für Erfahrungen mit dem Regulator sei noch viel zu kurz. An der Lagemessung der Entwicklung des Mehlexportes habe die Landwirtschaft sicher kein Interesse. Im Gegentheil; die kleinen Mühlen würden erst ruinirt sein, wenn man den großen Export unterdrücke. Die von den Interpellanten gewünschte Vollkontrolle würde die Exportmühlen nicht hindern, gemischte Mehl zu exportiren. Es werde jedoch mehr inländisches Getreide in den Exportmühlen verarbeitet, als ausländisches Getreide eingeführt werde. So lange das Bonifikationsystem bestehe, sei eine durchgreifende Aenderung nicht möglich. Eingemakten geholfen sei schon durch die Feststellung des Begriffs des geboppelten Mehles in dem Regulator. Daß falsch deklarirt werde, dürfe man nicht so ohne Weiteres annehmen. Ein Ausfuhrverbot für Abfälle, wie es der Interpellant anzukuhlen scheine, sei niemals zu erreichen. Es sei aber überhaupt zu bestreiten, daß es sich um Abfälle handle; es handle sich um Mehl, das im Zustande zu Brod verbacken werde. Die Nothwendigkeit einer Aenderung des Regulators sei bisher nicht nachgewiesen.

An der Besprechung der Interpellation theilnehmen sich u. a. Geh. Commerzienrath Fenzel, der es als ein Wärgen bezeichnet, daß die großen Mühlen sich auf Kosten der kleinen Mühlen bereichern wollten.

Nachdem noch das Komptabilitätsgesetz en bloc angenommen, vertagte sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

Von den ersten Kriegsgefangenen berichtet Londoner Depesche vom 28. April: Die zwei Kriegsgefangenen, nämlich ein russischer Infanterie-Lieutenant und ein Unteroffizier, wurden gestern an Bord eines Schooners Matangas gefangen und an Bord des russischen Kriegsschiffes „Newport“ gebracht, aber von Kommodore Sampson gegen Ehrenwort zurückgegeben und nach einem farnerschaftlichen Aufenthalt an Bord des „Newport“ durch den Kommandanten an das Land zurückgeschickt.

Die amtliche spanische „Gaceta“ veröffentlicht eine Aufstellung der Kosten des Feldzugs in Kuba während der Zeit vom 1. Juli 31. Dezember 1897. Die Gesamtkosten dieser Periode betragen darnach über 354 Millionen Pesetas, also etwa 59 Millionen

Aus Washington, 29. April, wird be-  
richtet: Das Staatsdepartement hat die Nach-  
richt von der Neutralitätserklärung Frankreichs,  
Italiens, Argentiniens, Belgiens und Koreas  
angenommen. Eine bezügliche Mitteilung Deutsch-  
lands ist nicht eingegangen, jedoch werden in  
der Beziehung keine Befürsorgnisse gehegt, an-  
sichts der Versicherung Deutschlands, daß es  
Neutralität bewahren werde. Die Aufmerksamkeit  
concentriert sich jetzt auf das Verhalten, welches  
Deutschland einschlagen wird. — Deutsch-  
land wird sich wahrscheinlich thätiglich mit  
Neutralitätsversicherung begnügen; aber  
Desferrière denkt, wie die öster-  
reichischen Blätter melden, nicht daran, noch  
besondere Neutralitätserklärung abzugeben,  
es ebenfalls eine Versicherung seiner  
Neutralität bereits erklärt hat; warum dies be-  
sondere Aufmerksamkeit in Amerika erregt, ist  
nicht recht abzusehen.

Weiter liegen folgende Meldungen vor:  
**Newport**, 29. April. Nach einer Depesche  
 „Evening Post“ aus New-York haben der  
 „Monitor“ „Terror“ und das Kanonenboot „Ma-  
 ss“ Garbenad bombardirt. Zahlreiche Spanier  
 getödtet sein. Nach zweistündigem Kampfe  
 haben die Batterien zum Schweigen gebracht.  
 Schiffe haben keinen Schaden gelitten.

**Reh-Weß**, 29. April. Das Kanonenboot „Newport“ nahm in der Höhe von Cabanas eine Salaluppe weg, nachdem es einen blinden Schuß darauf abgefeuert hatte. Die Salaluppe mußte geladen. Die 7 Mann starke Besatzung des Schiffes gehört der spanischen Marine an. Die Offiziere der „Newport“ haben, die Salaluppe habe versucht, Nachrichten über die Bewegung der amerikanischen Flotte nach Cabanna zu bringen.

**Tampa, 29. April.** Oberst Cochrane, der Kommandeur der ersten Brigade der Division von Tampa erhielt, wie das „Bur. Reuter“ meldet, Befehl, seine Streitkräfte zu sofortigem Abmarsch bereit zu halten und mit Lebensmitteln 30 Tage zu versehen.

**Kingston** (Jamaica), 29. April. Das „**Beuter**“ meldet: Der deutsche Dampfer „**mus**“, von Hamburg nach Baltimore unterwegs, lief heute früh Port Antonio an und brachte 441 deutsche, jubanische, britische und afrikanische Flüchtlinge aus Santiago ans Land. Der Führer des Dampfers hatte die Passagiere aus Menschenfreundlichkeit mitgenommen. Die Flüchtlinge waren größtenteils Frauen und Kinder. Sie hätten gemeldet, daß sie Vorräte an Lebensmitteln in Santiago für eine Armee in Sicherheit gebracht hätten. 20 000 Menschen seien fast gänzlich ohne jede Nahrung. Die Flüchtlinge hätten ferner mitgeteilt, daß die Insurgenten große Verstärkungen nach den Außenwerke von Santiago und Guantánamo anzugreifen.

**Hongkong, 29. April.** Der britische Dampfer „Esmeralda“ ging einer „Reuter“-Berichtung zufolge nach Manilla in See. Der Dampfer wurde von den Bankern gedartert, um das Metallgeld wegzubringen, da in Manilla die Münzen befürchtet werden.

**Aus dem Reiche.**

herlich ausgeführte Tafel ruht, mit 3 Zapfen be-  
 festigt, auf einem marmornen Sockel. Das durch  
 seinen hohen Werth, wie durch seine Eigenart  
 hervorragende Kunstwerk erregte bei dem Be-  
 sucher wie bei den fürstlichen Gästen ungetheilte  
 Bewunderung. — Am 26. und 27. April fand  
 in Münster eine Doppelfeier des königlichen  
 Gymnasiums statt, die Erinnerung an das  
**1100jährige Bestehen** der Anstalt und die  
 Einweihung des neuen Gymnasiums. — Die  
**fächliche erste Kammer** nahm nach dem Vor-  
 gange der zweiten Kammer die beiden Geset-  
 entwürfe, die Einführung einer allgemein ver-  
 bindlichen Schlachtvieh- und Fleischschau und  
 die staatliche Schlachtviehversicherung betreffend,  
 mit verschiedentlichen Aenderungen und Einfü-  
 gungen an. Dagegen lehnte sie in Uebereinstimmung  
 mit der zweiten Kammer den Gesetzentwurf zur  
 Bekämpfung der Tuberkulose der Rinder ab und  
 forderte die Regierung auf, unter Vereinstellung  
 von 30 000 Mark Entschädigungsgeldern für  
 Kontrollversuche in einer Anzahl Ställen nach  
 Uebereinkunft mit Landwirthin in einer, den Be-  
 stimmungen des vorgelegten Gesetzes entsprechen-  
 den Weise, einem der nächsten Landtage einen,  
 die bei dieser Kontrolle gesammelten Erfahrungen  
 berücksichtigenden neuen Entwurf zur Bekämpfung  
 der Tuberkulose der Rinder vorzulegen. — In  
 Betreff der Garantieleistung für den **Mittel-  
 landkanal** ist der Magistrat von Magdeburg  
 der Meinung, daß an dem beabsichtigten Wider-  
 stande der Mehrheit des Provinziallandtages die  
 Durchführung des für die wirtschaftliche Ent-  
 wicklung weiter Gebiete unseres Vaterlandes be-  
 deutungsvollen Unternehmens nicht scheitern darf  
 und daß namentlich die Stadt Magdeburg die von  
 der geordneten Vertretung der Provinz abgeleitete  
 Führung zu übernehmen haben wird, um im  
 Verein mit den neben ihr an dem Zustandekommen  
 des Kanals vorzugsweise interessirten Kor-  
 porationen die von der Staatsregierung er-  
 forderten Garantien zu beschaffen.

## Deutschland.

Berlin, 30. April. Aus Anlaß seines Doppeljubiläums find dem König von Sachsen auch zahlreiche Geschenke gegangen, welche gegenwärtig in dem Residenzschlosse zu Dresden öffentlich ausgestellt sind. Zu den Prachtstücken zählt in erster Linie das Geschenk des Kaisers: ein Kolossalleuchteraufsatz in Vaseform. Die aus der Berliner Königl. Porzellanmanufaktur hervorgegangene Vase ist mit einer reichen Blumendekoration in ebenso vorzüglicher Farbentwie Formengebung geschmückt und von einem Bronzelencherbouquet im Stile Louis XV. geschmückt. Von großem Werthe und bedeutender künstlerischer Arbeit sind ferner die Jagdgarbinen in Silber (Geschenk der Stände) und das Jagdbild der Bernsdorfer Jagdgesellschaft; ferner zwei große Teppiche: der eine, von bewundernswürdiger Arbeit in Ornamentik, wurde vom Sultan geschenkt, der andere, eine großartige Stülpparbeit aus Seidenplüsch, gestiftet ist dem König als eigene Arbeit von den Damen des Altbereins überreicht. Bedeutendvoll heben sich ferner unter den Geschenken ab: eine kunsthov gestiftete Altstadte in grauer Seide mit dem Bilde des Stifts Marienthal und ein mit Silberbesetztes Beutputz, das als Mittelpunkt des

Tafelzug des Königs trägt, ein prachtvolles  
Zigern mit grünem Leder unterlegt (Pelz-  
warenhandlung von Erler-Beipzig), die Bronze-  
tafel des Nationalliberalen Vereins im Königs-  
sachen: eine Phantastikerei der Industri-  
schule in Plauen i. B., ein Originalstück der  
Sitzmähne Madonna vom Kupferstecher Herner-  
Berlin, die vom Ingenieur- und Architektenverein  
gewidmete Bronzeplatte, einen Genius dar-  
stellend, der die Kräfte der Erde weckt und bän-  
digt, ein Familienbild in Gengolz und Metall,  
Gesicht des Prinzen Georg u. f. w. Unter den  
mehr als 60 Adressen ragen als Prachtstücke  
hervor: die Adresse der Wandels- und Gewerbe-  
kammern, in Leder, Silberprägung und Farben-  
angeführt, der Vertreter des Bergbaues in  
Sachsen und der Nähmaschinenfabrik von Max  
Vielhoff und Herm. Lode-Meißen (kostbares Album  
mit 50 Buns auf 50 Nähmaschinen im Werte  
von je 100 Mark, die von den Majestäten an  
bedürftige Personen übertragen werden können).  
Außer diesen und vielen anderen Kunst-  
gegenständen sind ca. 3000 Postkarten an-  
geheftet, die Sr. Majestät aus allen Staaten  
Deutschlands als Jubiläumsgruß zugehraft wurden.

— Prinz Christian von Dänemark und seine junge Gemahlin, geb. Alexanbrine von Mecklenburg, werden am 20. Mai ihren feierlichen Einzug in Schwerin halten. Am Freitag ist eine Galavorstellung im Hoftheater angelegt; am Sonnabend werden Deputationen empfangen, Abends ist Galaballer im Schlosse.

— Am Abend des 25. März 1898 ist der Führer der Tanganjika-Dampfer-Expedition Premierlieutenant Schloffer von Berlin nach Neapel abgereist. Dort hat er sich jedoch auf dem Dampfer „König“ eingeschiffet. Der aus-einabergelommene und in Ritten verpackte Dampfer „Lebwig von Wismann“ hat Hamburg bereits mit einem früheren Dampfer verlassen und erwartet in Gbnde seinen Führer. Zahl-reiche Freunde Schloffers hatten sich auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eingefunden, um dem Scheidenden, der sich mit seltener Energie für das Zustandekommen des Unternehmens be-müht hat, ein herzliches Lebewohl zuzurufen. Der deutsche Dampfer auf dem Tanganjika wird für die deutsche Kolonie von höchster Bedeutung werden.

— Im englischen Unterhause unterzog bei der Verathung über den Etat des Auswärtigen Amtes Darcourt die bezüglich Chinas von der Regierung befolgte Politik einer Kritik und führte aus, die zu U. ginn der Parlamentssession angekündigte Politik sei vollständig angestossen worden. Ungeachtet des Protestes Englands habe Deutschland in Betreff Schantungs durchgesetzt, daß es gegenüber Großbritannien und anderen Ländern bevorzugt werde. Redner wünscht zu wissen, ob eine verbindende Verpflichtung von Seiten Deutschlands vorliege dafür, daß Kiautschou Freihafen sein solle. Die englische Mittheilung an Deutschland wegen Weibaimais sei unnöthig gewesen für die Versicherung, daß Schantung innerhalb der deutschen Einflußsphäre liege. Redner fragt, was aus dem Tientsin-Vertrage geworden sei. Bezüglich der chinesischen Anekte habe man nach der freand-

### **Oesterreich-Ungarn.**

Wien, 29. April. Die Session der heutigen Parlamentsitzung bildete die mehr als fünfstündige Rede Schönerrers<sup>1</sup>, der wiederholt die Krone in die Debatte zog, wofür er auch schließlich gerügt wurde. Der Pole Wilaniewski rieth ihm, zu schweigen und nicht die Immunität zu missbrauchen. Schönerrers geriet auch mit den Sozialisten ins Gedränge; als er die Sozialreform Bismarcks besprach, rief der Sozialist Dazognsky: „Und doch wurde Bismarck entlassen mit Schmach und Schande!“ Schönerrers erwiderte: „Durch Persersch- und Volkesundank!“ Dann erwähnte er die Weisen des deutschen Kaisers nach Oesterreich. Kaiser Wilhelm sollte, statt Insurgen zu inspiiriren und das Jagdwesen zu studiren, lieber fragen, wie sich die Deutschen in Oesterreich befinden. Die innere Politik müsse den Zerfall unseres Bündnisses mit Deutschland herbeiführen. Der freistimmigen Presse warf er vor, sie bereite die jüdisch-sozialistisch-anarchistische Republik vor, was die Sozialisten mit den Zurufen: „Gemeiner, schändlicher Lügner!“ beantworteten.

1. Juli 1900 Markt eingefordert werden und innerhalb eines ferneren Jahres restlich 1000 Markt in zwei Raten zu zahlen sind. Bei einer Konturseröffnung, für welche nach seiner Ansicht jede Handabe nach dem Geize der Genossenschaften mit unbeschränkter Zustimmung fesse, erhalten die Pfandbriefe lange Jahre keine Zinsen und wie lange sich ein solcher Konturs hingehen kann, habe die erst nach 20 Jahren erfolgte Beendigung bei der Nitterschaftlichen Privatbank, bei welcher die Verhältnisse viel einfacher lagen, ergeben. Außerdem höre die Verlosung auf und es sei sehr fraglich, ob dann die 10 Prozent Agie nicht so wie so fortfallen. Der jetzige Vorstand hätte die Bilanz mit möglichster Mäorosität aufgestellt und durchaus klaren Wein eingeschenkt. Bei einer getrigen Substantiation hätte ein Objekt, auf welches 50 000 Markt Verlust in Anrechnung gebracht seien, nur 10 000 Markt Verlust ergeben. Seitens des Rechtsanwalt Salomon wurde betont, daß die Pfandbriefbesitzer dadurch den Konturs herbeiführen könnten, daß die Hypotheken nicht die Pfandbriefausgabe decken und diese Forderung die Konturseröffnung gestatte. Das Komitee betrete aber den Standpunkt, daß ein Konturs ein nationales Unglück wäre und empfehle der Pfandbriefbesitzern die Annahme der Konturserfordröße unter denjenigen Bedingungen, die in folgender Resolution niedergelegt sind: Die heute vereinigten Pfandbriefbesitzer erklären: den Pfandbriefinhabern ist die Zustimmung zur Konturser nur dann zu empfehlen, wenn 1. der Vorstand der Genossenschaft den Vertretern der Pfandbriefbesitzer die Unterlage für die Bemessung der Abzehrungen auf die Hypotheken mitteilt, 2. eine fortlaufende Kontrolle über die weitere Geschäftsführung, insbesondere darüber eingeräumt wird, inwieweit die beschlossene Einzahlung seitens der Genossen geleistet wird, 3. der Garantiefonds für die zu konvertierenden Pfandbriefe soll höher bemessen und bei dessen Verwaltung den Vertretern der Pfandbriefbesitzer eine Mitwirkung eingeräumt werden, 4. den konvertierenden Pfandbriefen sind Zinsentschädigungsscheine mit dem Anspruch auf Zahlung aus den etwaigen Ueberflüssen zu gewähren. Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, so ist die Verbeiführung des Konturser anzutreten. Das Komitee wurde beauftragt, im Sinne dieser Resolution zu wirken. Die Versammlung erklärte mit allen gegen zwei Stimmen ihr Einverständnis mit der Konturser unter den Bedingungen dieser Resolution.

# Stettiner Nachrichten.

**Stettin**, 30. April. Die auf den Greifenhagenener Kreisbahnen, Streda Finkenwalde — Neumark vom Sonntag, den 20. März d. J. ab eingeleiteten Sonderzüge, ab Finkenwalde Staatsbahnhof 6 Uhr 06 Minuten, am Mühlendecker Forst 7 Uhr, ab Mühlendecker Forst 7 Uhr 20 Minuten, ab Finkenwalde Staatsbahnhof 8 Uhr 09 Minuten Abends fallen mit dem 30. d. Mts. fort. Vom 1. Mai bis 15. September d. Js. verkehrt dagegen regelmäßig der Zug Sa von Neumark nach Finkenwalde, ab Neumark 6 Uhr 41 Minuten, ab Finkenwalde Staatsbahnhof 8 Uhr 16 Minuten Abends. Auf sämtlichen Zwischenstationen wird nach Bedarf gehalten. Die Abfahrtszeiten von den einzelnen Stationen sind im Ausgahngsfahrplan auf sämtlichen Stationen der genannten Kreisbahnen angegeben. Dieser Zug hat während des Monats Mai unmittelbaren Anschluß in Finkenwalde an den zwischen Ulbrann und Stettin, ab Finkenwalde 8 Uhr 17 Minuten, an den Sonn- und Feiertagen verkehrenden Sonderzug. Vom 1. Juni bis 15. September d. Js., während welcher Zeit der Staatsbahnzug regelmäßig täglich verkehrt, findet Anschluß statt. An den Sonn- und Feiertagen, sowie am Dienstag und Donnerstag jeder Woche gelangen von Finkenwalde Staatsbahnhof nach den Stationen der Kleinbahn Mißfabrikanten zur ermäßigten Preisen zur Ausgabe. Ebenso werden an den genannten Tagen einfache Karten zu ermäßigten Fahrpreisen von sämtlichen Stationen zwischen Kolbow und Höbendorf nach Finkenwalde Staatsbahnhof auszugeben.

— Am 1. Mai beginnen für Nordlands-  
fahrten täglich zwei Expressefahrten.  
Deutschland—Schweden (Norwegen 2c.)  
durch die Stettiner Dampfschiffahrts-Gesell-  
schaft (F. F. Bräunlich) via Sagnitz-Trelleborg  
und zurück. Die Abfahrt von Sagnitz erfolgt  
1 Uhr 30 Minuten früh und 3 Uhr 25 Minuten  
Nachmittags.

— Das reisende Publikum hat darüber Beschwerde geführt, daß die Bahnsteige zu eng und zu wenig für die Menge der Reisenden seien. Es ist daher beschlossen worden, die Bahnsteige zu erweitern und die Zugänge zu den Bahnsteigen zu öffnen und dann kurz vor Abfahrt des Zuges große Stangen an der Personsperrung aufzustellen. Nimmich ist angeordnet worden, daß in den größeren preussischen Bahnhöfen während des gewöhnlichen Verkehrs eine halbe Stunde vor Zugabfahrt und während des gesteigerten Reiseverkehrs (zu Ostern, Weinachten, Pfingsten und während der ganzen Reisezeit im Sommerfahrplan) mindestens eine Stunde vor Abfahrt der Züge die Bahnsteige zu öffnen und auch schon von den Schaffnern bedient sein müssen.

— In der am Donnerstag stattfindenden Stadtverordneten-Verammlung wird das spezielle Projekt für das Verwaltungsgebäude im Freihafen zum Kostenanschlagspreise von 4.500.000 Mark zur Beratung kommen, ferner die Magistratsbeschlüsse betr. die Erhöhung des Einkommens der ärztlichen Direktoren des städtischen Krankenhauses. Im Uebrigen stehen eine Reihe kleiner Vorlagen auf der Tagesordnung.

— Der Stettiner Konsum- und Sparverein hat seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung zum 11. Mai einberufen, um über die Errichtung einer eigenen Bäckerei zu beschließen.

— Der Finanzminister macht bekannt, daß gewerbliche Brennerien, die zum landwirthschaftlichen Betriebe übergegangen sind, das ihnen als gewerblichen Brennerien zugewiesene Kontingent nach ihrer Umwandlung so lange behalten, bis sie neu veranlagt werden.

— Der 25. deutsche Gastwirthstag, welcher vom 14. bis 16. Juni d. J. in Berlin stattfinden sollte, ist der inzwischen auf den 16. Juni festgesetzten Reichstagswahlen wegen um eine Woche hinausgeschoben worden.

